



Mehr Teilhabe für alle!

Das haben junge Menschen zum Thema Inklusion gefordert

Haben alle jungen Menschen in der EU die gleichen Chancen? Wie weit verbreitet ist Diskriminierung im Alltag? Sind Schulen gerechte Orte? Zu diesen und ähnlichen Fragen haben wir junge Menschen bei Veranstaltungen und in einer Umfrage befragt. Im Rahmen des 10. Zyklus des EU-Jugenddialogs (Was ist der 10. Zyklus? Was ist der Jugenddialog? [Hier](#) gibt's mehr Infos!) beschäftigen wir uns von Juli 2023 bis Dezember 2024 mit dem Youth Goal #3 und die Ergebnisse der Dialogphase bilden dafür die Grundlage. Im Folgenden erfahrt ihr, was in der Dialogphase herausgekommen ist!





Aber einmal vorweg: **was ist eigentlich in der Dialogphase passiert?** Wir haben mehrere Veranstaltungen zum Thema „Inklusive Gesellschaften“ organisiert, z.B. Veranstaltungen zu mentaler Gesundheit und zu Bildungsgerechtigkeit. Mehr zu den Veranstaltungen könnt ihr hier finden. Außerdem haben wir eine Umfrage gestartet und dort sehr spezifisch nachgehakt, wo es Verbesserungsbedarfe gibt.



Allgemein ist uns aufgefallen: bei vielen Themen rund um inklusive Gesellschaften geht's auch um **Geld** - um Geld für die Finanzierung von Personalstellen, für Material, für Nachteilsausgleiche, für Gesundheit, für Wohnen, für die Nutzung des ÖPNV und für vieles mehr. Viele Antworten deuten auch darauf hin, dass die Teilnehmenden selbst Geldsorgen haben. Teilhabe ist also nicht nur eine Frage der Einstellung und dazu, wie wir miteinander umgehen, sondern auch, wie wir unsere Gesellschaft strukturieren.



Ein weiteres sehr präsentenes Thema, welches in der Dialogphase aufkam, ist der immer teurer werdende Wohnraum. Junge Menschen haben Schwierigkeiten bezahlbare Wohnungen zu finden. Zusätzlich wird die Suche durch rassistische Diskriminierung oder durch barriere-reiche Wohnungen verstärkt. Als Lösung für diese Probleme sehen junge Menschen verschiedene Schritte: mehr Unterkünfte, die explizit für junge Menschen vorgehalten werden, eine generelle Mietpreisbremse und sozialer Wohnungsbau.

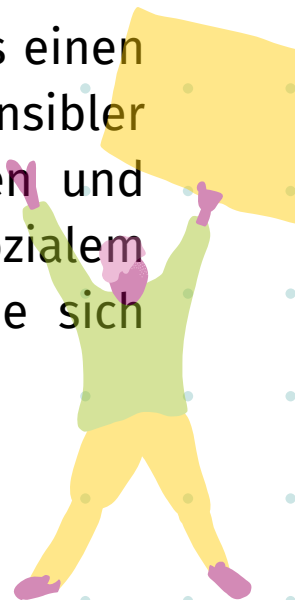
Auch aufgefallen ist, dass einige Gruppen besonders stark benachteiligt werden. Dazu gehören u.a. Personen mit Fluchterfahrung, die mit der Nicht-Anerkennung von ausländischen Abschluss und mit dem Verwehren einer Arbeitserlaubnis zu kämpfen haben. Dazu gehören auch junge Eltern, die sich in Ausbildung befinden und besondere Wohn-, Betreuungs- und Finanzierungsbedarfe haben. Auch junge Menschen mit Behinderungen leiden häufig unter der institutionellen Ausgrenzung, die sie erfahren – sowohl in Bildungs- und Freizeitangeboten, als auch auf dem Arbeitsmarkt, wo ihnen als Option häufig nur sog. Werkstätten offen stehen, in den Angestellte einen Stundenlohn von weit unter dem Mindestlohn erhalten.



Bildung

Über 60% unserer Teilnehmenden gaben an, sich gerade in Ausbildung zu befinden – also entweder in der Schule, in einer Berufsausbildung oder an einer Hochschule/Universität. Wie inklusiv nehmen sie die Orte war?

- Die Mehrheit glaubt nicht, dass alle die gleichen Chancen haben, sondern dass der Familienhintergrund entscheidend ist. Um zu mehr Chancengleichheit zu erreichen, haben sie angegeben, dass gezieltere Unterstützung für z.B. Schüler*innen mit Fluchterfahrung geben muss. Außerdem müssen Lernende aus finanziell prekären Haushalten bessere finanziell unterstützt werden, u.a. bei der Finanzierung von Ausflügen und von Nachhilfeunterricht. Auch kleiner Klassen könnten Schulen gerechter machen.
- Außerdem glauben die meisten, dass Schule nicht für alle Personen ein sicherer Ort ist. Daher gibt es einen großen Wunsch nach diskriminierungssensibler Bildung durch die Fortbildung von Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen. Auch ein Fokus auf sozialem Lernen neben dem inhaltlichen Lernen wurde sich gewünscht.



Bildung

- Auch die Finanzierung von Berufsausbildung und Studium sehen viele Personen als großes Problem. BAföG sei zu wenig Geld für zu wenige Personen und den stetig steigenden Preisen aufgrund von Inflation nicht angemessen. Die Teilnehmenden fordern eine Reform des Systems.



- Ein weiterer Kritikpunkt ist das junge Menschen aufgrund von Nachbarschaft, sozialem Status oder Behinderung voneinander getrennt werden, sodass kein wirklicher Austausch stattfinden kann. Die Teilnehmenden möchten dies nicht – nicht in der Schule und bei Freizeitangeboten, nicht bei Beratungsrollen und auch nicht auf dem Arbeitsmarkt. Dafür braucht es inklusive Schulen und qualifizierte Lehrkräfte.



Lohnarbeit und Berufsperspektiven

Ca. 40% der Teilnehmenden verrichten Lohnarbeit entweder in Teilzeit oder in Vollzeit. Auch auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Weg zum Arbeitsmarkt sehen die Teilnehmenden einiges an Verbesserungspotential:

- Oft gehen Kinder in ähnliche Arbeitsfelder wie ihre Eltern. Das liegt häufig daran, dass Schulen keine gute Arbeit leisten, die Schüler*innen über ihre Optionen aufzuklären und sie bei dem Ansammeln der dafür notwendigen Fähigkeiten zu unterstützen. So übernimmt die junge Generation die Ungleichheiten ihrer Eltern.
- Häufig sind junge Menschen auf soziale Beziehungen angewiesen um an Praktikumsplätze oder ähnliches zu kommen. Zusätzlich können sich viele unbezahlte Praktika nicht leisten, daher sollten diese abgeschafft werden.
- Menschen, die in sog. Werkstätten arbeiten, bekommen weniger als den Mindestlohn ausgezahlt. Das muss sich ändern!





Lohnarbeit und Berufsperspektiven

- Auch Auszubildende verdienen zu wenig Geld. Es werden bessere Gehälter gefordert.
- Viele Personen erleben speziell auch in Bewerbungsverfahren Diskriminierung. Anonymisierte Verfahren können dabei helfen.
- Auch wird ein generelles Informationsdefizit beklagt – sowohl zum Thema Berufswahl als auch über Arbeitsrecht und Bürokratie.



Dialogveranstaltung in Oberhavel



Gesundheit

7% der Teilnehmenden unserer Umfrage gaben an, eine Behinderung zu haben, und 13 % gaben an, gesundheitliche Beschwerden zu haben.

- Für viele der Teilnehmenden ist das Thema mentale Gesundheit ein großes Thema. Zu wenig Therapieplätze, zu viel bürokratische Hürden und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten erschweren die Umgang mit der eigenen mentalen Gesundheit. Gegen das Informationsdefizit könnte nach Meinung einiger ein spezielles Unterrichtsfach zu dem Thema helfen.
- Gesundheit scheint für viele Befragte einkommensabhängig zu sein: private Versicherungen bieten bessere Leistungen, bei gesetzlicher Krankenversicherung müssen viele Leistungen selbst übernommen werden.






Gesundheit

7% der Teilnehmenden unserer Umfrage gaben an, eine Behinderung zu haben, und 13 % gaben an, gesundheitliche Beschwerden zu haben.

- Außerdem wird kritisiert, dass Gesundheitsinformationen nicht in leichter Sprache oder in anderen Sprachen als deutsch zugänglich sind. Damit wird bestimmten marginalisierten Gruppen der Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen erschwert.
- Auch die Gesundheitsversorgung von jungen trans Personen ist schwierig, die besonderen Bedürfnisse nach beispielsweise Hormonen oder Operationen werden von Krankenkassen häufig nicht berücksichtigt und müssen selbst finanziert werden.
- Ca. ein Drittel der Teilnehmenden wohnen im ländlichen Raum. Die Gesundheitsversorgung gestaltet sich dort viel schwieriger. Mehr Ärzt*innen im ländlichen Raum sind notwendig.





Zusätzliche Forderungen von jungen Personen mit Behinderung

- Es wird gefordert, dass Hilfsmittel bedarfsgerecht und einkommensunabhängig verteilt werden.
- Assistenzen sind auch eine Notwendigkeit, um jungen Menschen mit Behinderung eine Beteiligung zu ermöglichen, sowohl in der Schule als auch auf Arbeit.
- Eine bessere Finanzierung davon ist notwendig. Außerdem müssen die Assistenzen in Unterstützender Kommunikation (AAC) ausgebildet sein. Auch Transportdienstleister*innen müssen gut ausgebildet sein, damit junge Menschen mit Behinderung angstfrei von einem Ort zum anderen kommen.
- In allen Bereichen des Lebens benötigt es Barrierefreiheit – dazu gehören Wohnmöglichkeiten, Dolmetscher*innen, die Verwendung von leichter Sprache, barrierefreie Toiletten im öffentlichen Raum, und vieles mehr.

*Das Jugendaktionscamp
in Aachen beschäftigte
sich mit Inklusion und
Engagement.*





Jugendarbeit

Außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche sind enorm wichtig. Dort können sie frei von Leistungsdruck Spaß haben, Selbstwirksamkeit und Demokratie erfahren. Leider ist der Zugang zu diesen Möglichkeiten nicht gleich gegeben.

- Häufig sind Angebote zu teuer, nicht inklusiv und zu wenig bekannt. Daher gibt es den Wunsch, Freizeitangebote wie Sport und Musik besser zu finanzieren, so dass alle mitmachen können.
- Personal in der Jugendarbeit muss besser geschult werden, um ein diskriminierungsarmes Angebot zu schaffen. Hinzu kommt, dass Angebote zu wenig pädagogische Betreuung haben. Eine bessere Ausfinanzierung ist hier für mehr Personal und Fortbildungen notwendig.





Jugendarbeit

Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein für unsere Demokratie. Leider werden ihr jedoch Probleme zugewiesen, die sie nicht lösen kann – junge Menschen brauchen neben Jugendarbeit auch demokratische Schulen, bezahlbare Wohnungen, fair bezahlte Arbeit, gute Perspektiven und vieles mehr.

Jugendarbeit kann nicht ausbügeln, was jahrelange strukturelle Vernachlässigung der Interessen der Jugend eingebrockt hat. Deshalb braucht es für eine inklusive Gesellschaft viele strukturelle Veränderungen und den Willen, die Probleme an der Wurzel anzupacken.



Was passiert jetzt mit den Forderungen?

Die Forderungen stellen die Grundlage für die sogenannte Umsetzungsphase im Jugenddialog dar. Das bedeutet, dass wir nun gemeinsam mit jungen Menschen und politischen Vertreter*innen nach Wegen suchen, die Anliegen umzusetzen.



Außerdem nehmen die beiden EU-Jugendvertreter*innen die Forderungen mit auf die nächste EU-Jugendkonferenz im März 2024 in Belgien, wo sie die Forderungen aus Deutschland mit denen aus anderen Ländern diskutieren und danach gemeinsam politische Empfehlungen an die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten formulieren. So werden aus Youth Goals Youth Actions!



Impressum

Herausgeber

Deutscher Bundesjugendring

Mühlendamm 3 | 10178 Berlin

+49 (0) 30 40040400

info@dbjr.de

Stand: Februar 2024



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Kofinanziert von der
Europäischen Union